

20.09.2018

Kleine Anfrage 1522

des Abgeordneten Guido van den Berg SPD

Wie steht die Landesregierung zum Pofalla-Vorschlag für einen Kohleausstieg zwischen 2035 und 2038?

Über Medienberichte hat Bahn-Manager Ronald Pofalla als Ko-Vorsitzenden der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (WSB) darüber spekuliert, dass ein Kohle-Ausstieg zwischen 2035 und 2038 stattfinden solle. Bahn-Manager Pofalla brüstet sich damit nach einer Reihe von Gesprächen mit den Mitgliedern der Kommission eine Kompromisslinie erarbeitet und diese im Bundesumweltministerium sowie im Kanzleramt vorgestellt zu haben. Geplant sei – ähnlich wie bei den Jamaika-Verhandlungen – in einem Sofortprogramm Kraftwerke mit einer Leistung von insgesamt fünf bis sieben Gigawatt bis zum Jahr 2020 vom Netz zu nehmen und gegebenenfalls als Reserve zu behalten. Spätestens 2027 solle geprüft werden, ob der Ausstiegspfad eingehalten werden kann. Dies solle in einem Gesetz verbindlich festgehalten werden. Ebenso sollen Maßnahmen für den Strukturwandel bundesgesetzlich verankert werden. Genannt werden neben Ausbau von Breitbandnetzen, der Eisenbahnstrecke Görlitz-Berlin auch die Ansiedlung von Bundesbehörden in den Braunkohlerevieren.

Der Konzernbetriebsrat der LEAG hat daraufhin Herrn Pofalla als „fachlich wie charakterlich ungeeignet“ und für die verantwortungsvolle Aufgabe eines Ko-Vorsitzenden der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ untragbar beschrieben. Die Mitarbeitervertretung kritisiert, dass während die Kommission noch intensiv über Versorgungssicherheit, Strompreise und die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Strukturentwicklung debattiert durch den CDU-Politiker Jahreszahlen in den Raum gestellt werden. Die Mitbestimmung sieht darin eine Geringschätzung für die schwierige Arbeit der Kommission. Bahn-Manger Pofalla gebe all denen Recht, die von Anfang an die Sorge hatten, dass die Kommission nur eine Alibiveranstaltung für einen in Hinterzimmern ausgehandelten politischen Deal sei.

Vor diesem Hintergrund bitte ich Landesregierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Vertreter der Landesregierung NRW hatten wann Gespräche mit Herrn Pofalla in Sachen WSB-Kommission bzw. haben welche Beiträge zur „Pofalla-Kompromisslinie“ beigesteuert?

Datum des Originals: 20.09.2018/Ausgegeben: 24.09.2018

2. Wie bewertet die Landesregierung die dem Kanzleramt vorgestellte „Kompromisslinie“ mit zusätzlichen Leistungsabschaltungen von 5 bis 7 Gigawatt bis 2020?
3. Welche konkreten Bedarfe für Infrastruktur (Bereitbandausbau, Straße, Schiene, etc.) im Rheinischen Revier hat die Landesregierung bislang im Rahmen der Kommissionsarbeit angemeldet?
4. Welche Ansiedlungen von Bundesbehörden mit welchen Stellenbedarfen hat die Landesregierung für das Rheinische Revier in der WSB-Kommission angemeldet?
5. Wie bewertet die Landesregierung die von der Mitbestimmung festgestellte Geringschätzung der Kommissionsarbeit durch Herrn Pofalla bzw. den Vorwurf, dass hierdurch sich die WSB-Kommission zu einer Alibi-Veranstaltung entwickeln könne?

Guido van den Berg